



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

EURO

Die Rettung des Euro wird teuer

Welch verrücktes Jahr geht für Deutschland zu Ende! Aus dem kranken Mann Europas wurde ein deutscher Kraftprotz. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat real um fast vier Prozent zugelegt. So viel Wachstum war nie im geeinten Deutschland nach dem Wiedervereinigungsboom von 1991. Im Herbst waren weniger als drei Millionen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote fiel auf sieben Prozent. Mehr als 41 Millionen hatten einen Job. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag bei über 28 Millionen. Das sind unglaubliche Rekorde.

Der Erfolg hat viele Gründe. Die Hartz-Reformen der rot-grünen Regierung Schröder haben in den Köpfen der Deutschen mehr verändert, als gemeinhin wahrgenommen wird. Sie haben Wille und Bereitschaft gestärkt, rasch aus der Arbeitslosigkeit zurück in die Beschäftigung zu drängen. Fördern und Fordern ist heute Realität geworden. Flexibilität für betriebliche Bündnisse für Arbeit und ein Verzicht über-rissener Lohnforderungen im Tausch gegen Beschäftigungsgarantien sind gang und gäbe. Schließlich – so viel aktueller Hamburg-Bezug darf sein – hat sich die vom Arbeitsminister der schwarz-roten Koalition geförderte Kurzarbeit als gutes Kriseninstrument bewährt.

Die ökonomische Stärke Deutschland war das eine herausragende Merkmal von 2010, die dramatische Euro-Schwäche war das andere. »Überlebt der Euro?« war die Frage im Frühling. »Überlebt Deutschland den Euro?«, lautet sie heute, nachdem ein Euro-Land nach dem anderen vor dem Staatsbankrott steht. Vor allem Deutschland

ächzt unter den Lasten, die ihm als Zahlmeister der Euro-Zone zugemutet werden.

So verständlich der deutsche Ärger über das Fehlverhalten anderer ist und so richtig die Beobachtung ist, dass einige Euro-Staaten selbst verschuldet vor der Zahlungsunfähigkeit stehen, so sehr gilt es einen Fehler zu vermeiden: dass man vordergründig den Sack (Euro) prügelt, ohne aber den eigentlichen Esel zu treffen. Denn die Krise des Euro ist im Kern nichts anderes als das Nachbeben der Finanzmarktkrise. Sie ist die unmittelbare Folge der staatlichen Hilfsaktionen, um private Banken während und nach der Finanzmarktkrise vor dem Konkurs und das Finanzsystem insgesamt vor dem Kollaps zu retten.

Mit oder ohne Euro steht Europa außerhalb Deutschlands vor einem schwierigen Jahr. Griechenland und Irland werden weiterhin in einer bitteren, länger anhaltenden Rezession verharren. In Portugal wird das BIP bestenfalls unverändert bleiben. In Spanien dürfte es nach einer zweijährigen Rezession zwar wieder leicht wachsen, aber die Arbeitslosigkeit wird nur knapp unter 20 Prozent verharren. Und sicher ist: Sollte der europäische Rettungsschirm nicht tragen und würde eines der Euro-Länder zahlungsunfähig, wären die makroökonomischen Folgen kurzfristig noch dramatischer.

Wie viel auch für Deutschland auf dem Spiel steht, zeigt sich darin, dass am Ende des zweiten Quartals die gesamte Verschuldung privater und öffentlicher Haushalte Griechenlands, Irlands, Portugals und

Spaniens 2,3 Billionen US-Dollar betrug. Allein deutsche Kreditinstitute hatten Forderungen gegenüber den vier Ländern von über 500 Milliarden US-Dollar, davon 200 Milliarden gegenüber Spanien und gut 180 Milliarden gegenüber Irland.

Was immer nun für Rettungsszenarien, Euro-Teilungsfantasien oder gar Träume über eine Rückkehr zur D-Mark in Deutschland diskutiert werden. Eines ist klar: Es wird so oder so teuer. Besonders dramatisch aber wäre ein Domino-Effekt, bei dem der Fall eines schwachen Euro-Landes selbst starke Euro-Länder mitrei-

ßen würde. Denn angesichts der gewaltigen Dimensionen würde ein kompletter Kreditausfall in Irland, Griechenland, Portugal oder Spanien auch deutsche Banken und Versicherungen brutal treffen. Damit wird eines klar: Wer jetzt Rettungsschirme aufspannt, schützt nicht nur Griechen, Iren, Portugiesen oder Spanier. Er bewahrt zuallererst private Banken und Versicherungen und damit auch die starken Euro-Länder vor neuen schweren Erdbeben.

Es ist der große Fehler der Euro-Apokalyp-tiker, dass sie so tun, als könnte man einen Stützpfeiler – den Euro – aus dem euro-

päischen Gebäude rausbrechen, ohne die Stabilität des ganzen Hauses zu sprengen. Als könne man nach Gutsherrenart dieses Euro-Land aus der Wohnung rausschmei-ßen oder jene Länder ohne deren Zustimmung in eine WG zwingen, ohne dass sich die Mieter zur Wehr setzen. Ohne Euro wird kein Stein auf dem anderen bleiben, nicht ökonomisch, nicht gesellschaftlich, schon gar nicht politisch.

Dieser Beitrag ist am 29. Dezember 2010 im Hamburger Abendblatt erschienen.